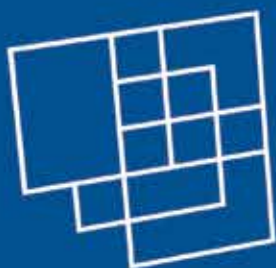


Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

November 2016

# hauptstadt magazin



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin

Liste 2 „dbb berlin –  
FÜR ALLE“ wählen!



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Friedhelm Windmüller

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

noch einmal haben wir die Personalratswahlen, die ja bis Anfang Dezember andauern, mit vier Sonderseiten in den Mittelpunkt des hauptstadt magazins gestellt. Das unterstreicht unseren dringenden Appell: Gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie Liste 2 „dbb berlin – FÜR ALLE“. Sie helfen dem dbb berlin mit dieser Stimmabgabe sehr bei der Bewältigung wichtiger und schwieriger Zukunftsaufgaben. Die Kandidatinnen und Kandidaten unserer Fachgewerkschaften stellen wir Ihnen auch in dieser Ausgabe noch einmal vor.

Wie wichtig dem dbb berlin seine Personal- und Betriebsräte und eine konstruktive Zusammenarbeit mit ihnen ist, unterstreichen immer wieder unsere Personal- und Betriebsrätekonferenzen, von denen die zweite dieses Jahres gerade stattgefunden hat. Lesen Sie, mit welcher breiter Themenpalette sich unsere Personal- und Betriebsräte auch dieses Mal auseinandergesetzt haben, um auch Ihnen im Bedarfsfall mit Rat und Tat wirksam zur Seite stehen zu können.

Eine gute Nachricht hat uns kurz vor Redaktionsschluss erreicht: Bund und Länder haben sich auf ihren Finanzausgleich ab dem Jahr 2020 geeinigt und

das Ergebnis ist positiv für Berlin. Dass das Resultat sich gleichermaßen positiv auch im öffentlichen Dienst niederschlägt, daran wird der dbb berlin mit allem Nachdruck arbeiten.

Zum ersten parlamentarischen Gespräch ist die dbb Landesleitung bereits mit der wieder im Abgeordnetenhaus vertretenen FDP zusammengetroffen. Hier sollen die Kontakte intensiviert werden, was in der einen oder anderen Frage sicher auch zu neuen Erkenntnissen führen wird.

Noch einmal: Vergessen Sie nicht, zur Wahl zu gehen oder im Verhinderungsfall Briefwahlunterlagen anzufordern. Setzen Sie Ihr Kreuzchen bei Liste 2 „dbb berlin – FÜR ALLE“.

Für diese Unterstützung dankt Ihnen schon im Voraus

Ihr

Frank Becker,  
 Landesvorsitzender dbb berlin

## Einigung über Finanzausgleich!

Bund und Länder haben sich am 14. Oktober 2016 auf eine Neuregelung ihrer Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 verständigt. Die Einigung wurde auf Basis des im Dezember 2015 im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vorgelegten gemeinsamen Vorschlags der Bundesländer erzielt. Als wichtigste Elemente der Einigung nannte Berlins Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen die Verständigung auf eine Dynamisierung der Finanzierung und die Berücksichtigung des gemeinsamen Vorschlags der Bundesländer.

„Für Berlin ist das ein erfreuliches Ergebnis“, urteilte Kollatz-Ahnen.

Auch für den Berliner öffentlichen Dienst und insbesondere die Beamten sollte dies ein guter Tag sein, denn bislang hatte der Senator jede Terminfestlegung für die vollständige Angleichung ihrer Bezüge an das Durchschnittsniveau von Bund und Ländern mit dem Hinweis auf die noch ausstehende Einigung abgeblockt.

Das Modell sieht vor, dass auf Basis gegenwärtiger Prognosen der Bund im Jahr 2019 2,84 Prozent seiner gesamten Steuereinnahmen für den Länderfinanzausgleich (LFA) aufbringt. Dieser Prozentsatz sinkt in der Modellrechnung bis 2030 auf 2,72 Prozent.

2,6 Mrd. Euro des Umsatzsteuervorwegausgleichs werden statisch vom Bund in den Länderfinanzausgleich gegeben, 1,4 Mrd. Euro dynamisch. 2019 wird mit einem Volumen in Höhe von 9,5 Mrd. Euro gestartet. Für Berlin bedeutet das in einer Modellrechnung den Anstieg von jährlich 495 Mio. Euro in 2019 auf 721 Mio. Euro in 2020.

### In öffentlichen Dienst investieren!

„Endlich finanzieller Spielraum zur Grundsanierung des Berliner öffentlichen Dienstes! Investitionen sind sowohl in personeller, baulicher und technologischer Hinsicht überfällig. Der dbb berlin erwartet unverzüglich ein konkretes Maßnahmenpaket des neuen Senats“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker die Einigung. ■

### Erfolg des dbb berlin!

## Kein geldwerter Vorteil durch Darlehen nach der AV Rechtsschutz

**Der durch die Gewährung von zinslosen Darlehen nach den engen Voraussetzungen der AV Rechtsschutz entstehende Zinsvorteil muss künftig ebenso wenig versteuert werden wie der Verzicht auf die Rückzahlung des Darlehens selbst.**

Das hat die Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen, Margaretha Sudhoff, dem dbb berlin mit Schreiben vom 6. Oktober 2016 mitgeteilt. Auf Anregung des dbb berlin habe sie dieses Anliegen auf Bund-Länder-Ebene vorgetragen und einen entsprechenden Beschluss erwirken können.

Die Darlehen werden von öffentlichen Arbeitgebern gewährt, wenn gegen einen Beschäftigten im Zusammenhang mit einer dienstlichen Tätigkeit ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder Klage erhoben worden ist. Sie sollen dann die Kosten der Rechtsverteidigung abdecken.

dbb Landeschef Frank Becker hat den Vorstoß der Staatssekretärin begrüßt: „Wir freuen uns, dass mit der Unterstützung der Senatsverwaltung für Finanzen endlich eine klare und vernünftige Verfahrensweise festgelegt wurde.“

dbb berlin nimmt parlamentarische Gespräche auf

## Auftakt mit der FDP

Bereits am 14. Oktober 2016, noch vor der Konstituierung des Parlaments, hat der dbb berlin seine parlamentarischen Gespräche wieder aufgenommen, um sich unmittelbar nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus bei den Fraktionen zu positionieren und gemeinsame Lösungen für die wichtigen Fragen des öffentlichen Dienstes zu suchen. Zum Auftakt führten dbb Landeschef Frank Becker und seine Stellvertreter Synnöve Nüchter und Ferdinand Horbat ein erstes konstruktives Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden und Generalsekretär der FDP, Sebastian Czaja, der FDP-Landesvorsitzenden Sibylle Meister und dem fachpolitischen Sprecher für Wirtschaft und Arbeit Florian Swyter.



Ferdinand Horbat (stellvertretender Landesvorsitzender dbb berlin), Sebastian Czaja (Fraktionsvorsitzender und Generalsekretär der FDP), Frank Becker (Landesvorsitzender dbb berlin), Synnöve Nüchter (stellvertretende Landesvorsitzende dbb berlin), Sibylle Meister (Landesvorsitzende FDP und Finanz- und Haushaltspolitische Sprecherin), Florian Swyter (FDP Fraktion) (von links).

Thema Nummer 1 war einmal mehr die in Berlin über Jahre hinweg sträflich vernachlässigte Anpassung der Besoldung und Versorgung. Frank Becker drängte energisch auf eine weitere schnelle Angleichung der Bezahlung an die der anderen Bundesländer und des Bundes. Um neues, dringend benötigtes Personal zu rekrutieren, aber auch die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten, sei schnelles Handeln unverzichtbar.

### Abwanderungsbewegung stoppen!

Denn längst habe die bessere Bezahlung in den anderen Bundesländern und insbesondere bei den Berliner Bundesbehörden eine Abwanderungsbewegung aus Berlin ausgelöst. „Die Berliner Besoldung muss deshalb regelmäßig nicht nur um die Tarifierhöhungen nach dem TV-L, sondern um weitere X Prozent erhöht werden“, forderte Becker. Die Beamtinnen und Beamten in Berlin erwarteten – auch als Zeichen der Wertschätzung ihrer Arbeit – endlich eine Angleichung ihrer Bezüge, die bis Ende 2017 – wie für den Tarifbereich – leider schon nicht mehr zu erreichen sei. Besonderen Unmut und Politikverdrossenheit aber löse bei den Betroffenen die Tatsache aus, dass die im Rahmen des Solidarpaktes durchgesetzten Kürzungen bis heute nicht – wie vom damaligen rot-roten Senat versprochen – zurückgenommen worden seien.

Auch die FDP-Fraktion sieht die Notwendigkeit einer angemessenen Bezahlung der Beschäftigten des öf-

fentlichen Dienstes. Die Landesvorsitzende Meister räumte darüber hinaus der Wertschätzung der Vorgesetzten für die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst als wichtiges Element der Personalführung hohen Stellenwert ein. Konkret plädierte sie in diesem Zusammenhang für mehr Schulungen, insbesondere zum Gesundheitsmanagement, um dem überdurchschnittlich hohen Krankenstand im Berliner öffentlichen Dienst entgegenzusteuern. Die Vorgesetzten müssten sich viel stärker um die Ursachen berufsbedingter Krankheiten kümmern und seien darauf offensichtlich bislang nicht genügend vorbereitet worden.

Die dbb Vertreter führten die hohen Krankheitsquoten in Berlin allerdings in erster Linie auf die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre zurück, die zu einer Überalterung und damit einhergehend zu einer höheren Krankheitsanfälligkeit der Berliner Verwaltung geführt hat. Auch deshalb sei es unerlässlich, unverzüglich neues Personal zu rekrutieren.

### FDP: Aufgabenkritik notwendig

Auf die Nachfrage der stellvertretenden Landesvorsitzenden Synnöve Nüchter, wie hoch die FDP die künftig notwendige Beschäftigtenzahl im Berliner öffentlichen Dienst einschätze, wollten sich die Abgeordneten nicht auf eine Zahl festlegen. Das müsse vielmehr eine zunächst notwendige Aufgabenkritik zeigen. Einer konstruktiven Beteiligung des dbb berlin

an einer Aufgabenkritik sagte dbb Landeschef Frank Becker in diesem Zusammenhang spontan zu – sofern durch das Parlament bzw. die Fraktionen entsprechende Ideen entwickelt würden.

### **Kein Anstoß zur Lehrerverbeamtung durch die FDP**

Keine Übereinstimmung wurde in dem Gespräch über eine etwaige Wiederverbeamtung der Berliner Lehrerinnen und Lehrer erzielt. Auf eine entsprechende Nachfrage des stellvertretenden Landesvorsitzenden Ferdinand Horbat ließ die FDP erkennen, dass es ihrerseits keinen Anstoß dazu geben werde. Eine angemessene Bezahlung sei auch über eine Veränderung des Tarifgefüges möglich. Darüber hinaus geht die FDP davon aus, dass mit angestellten Lehrerinnen und Lehrern eine flexiblere Personalsteuerung möglich sei als mit verbeamteten Kolleginnen und

Kollegen. Schließlich würde eine Wiederverbeamtung die Pensionslasten des Landes Berlin weiter erhöhen. Energisch zurückgewiesen wurden diese Auffassungen von Ferdinand Horbat und Synnöve Nüchter. Der dbb berlin sieht in diesem Punkt generell noch weiteren Aufklärungsbedarf in der Politik und will gesonderte Gespräche darüber führen.

Weiterer Gesprächspunkt war der Einsatz von IT-Verfahren, die zu einer Entlastung der Beschäftigten, insbesondere in publikumsintensiven Bereichen, führen.

### **Fortsetzung folgt**

Der Meinungsaustausch mit der FDP soll, auch unter Einbeziehung der fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion fortgesetzt werden. Auch der Kontakt mit der Partei soll intensiviert werden. ■

## **„Exklusiver Abend“ der BBBank**

# **Starke Plädoyers für den öffentlichen Dienst**

Den hohen Wert des öffentlichen Dienstes für das Funktionieren des Staates und die Daseinsvorsorge hat der bis 2015 amtierende Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi MdB, beim „Exklusiven Abend für den öffentlichen Dienst“ der BBBank am 4. Oktober 2016 im Schloss Charlottenburg unterstrichen. An den negativen Folgen jahrzehntelanger Sparpolitik zeige sich in Berlin besonders deutlich, wie entscheidend die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes für eine zuverlässig funktionierende Daseinsvorsorge ist, argumentierte der Hauptredner der Veranstaltung weiter.

BBBank-Vorstandsmitglied Oliver Lüscher hatte zuvor den öffentlichen Dienst als „wichtiges Fundament unserer Gesellschaft“ und „Fels in der Brandung“ bezeichnet. Der öffentliche Dienst gewährleiste stabile gesellschaftliche Rahmenbedingungen und trage damit zu Wohlstand und Sicherheit im Lande bei.



„Volles Haus“ beim „Exklusiven Abend“

Bestätigt wird diese Einschätzung auch von der forsa Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“, die der dbb bund für 2016 zum zehnten Mal in Auftrag gegeben hatte, um Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Menschen in Deutschland mit und an den öffentlichen Dienst zu ermitteln. Ergebnis: Er gilt als bürgerfreundlich, als leistungsfähig und für die ganz überwiegende Mehrheit als unverzichtbar.

Die Umfrage ist online abrufbar unter: [http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa\\_2016.pdf](http://www.dbb.de/fileadmin/pdfs/2016/forsa_2016.pdf) ■

### **Gute Zusammenarbeit wird fortgesetzt**

Unterdessen wurden bei dem alljährlichen Gespräch des dbb berlin mit dem Vorstandsvorsitzenden der BBBank, Prof. Dr. Wolfgang Müller, und dem Vorstandsmitglied Oliver Lüscher am 10. Oktober 2016 in Karlsruhe die Weichen für eine weitere gute Zusammenarbeit gestellt und neue Ideen für künftige gemeinsame Projekte entwickelt.

# Sonderseiten zur Personalratswahl

## Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften des dbb berlin zur HPR-Wahl

Noch einmal stellen wir Ihnen auf den nachfolgenden Seiten in Wort und Bild die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten vor, mit denen der dbb berlin in die diesjährigen Wahlen geht. Ebenso haben wir für Sie erneut alle dbb Kolleginnen und Kollegen aufgelistet, die im Beamten- und im Arbeitnehmerbereich kandidieren und sich für Ihre Interessen einsetzen möchten.

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin ruft Sie auf, gehen Sie zur Wahl und stärken Sie durch eine hohe Wahlbeteiligung Ihre Interessenvertretung in Ihrer Dienststelle.

**Wählen Sie Ihre Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 2: dbb berlin – FÜR ALLE**

## Briefwahl oder Urnengang?

Zweifellos, der sogenannte persönliche „Urnengang“ ist bei den Personalrats-/Betriebsratswahlen die Regel. Und das aus gutem Grund, denn die persönliche Stimmabgabe im Wahllokal findet unter der Kontrolle des Wahlvorstandes statt. Solange das Wahllokal geöffnet ist, sind Wahlhelfer stets anwesend und der Wahlvorstand sorgt dafür, dass die Wähler den Stimmzettel im Wahlraum unbeobachtet kennzeichnen können.

Ein entsprechender Schutz ist bei der Briefwahl nicht gewährleistet. Wahlgeheimnis und Identität der Wahlberechtigten können nicht im selben Umfang sichergestellt werden, weder bei der Kennzeichnung des Stimmzettels zu Hause oder am Arbeitsplatz noch auf dem Weg des Wahlumschlages in die Wahlurne. Gleichwohl nimmt der Gesetzgeber das Risiko beschränkter Wahlsicherung in Kauf, um eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und auch denjenigen Wählern/-innen die Teilnahme zu ermöglichen, die zur persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal nicht erscheinen können.

Konkret regelt § 15 a der Wahlordnung zum Personalvertretungsgesetz Berlin die schriftliche Stimmabgabe. Danach sind einem/-r Wahlberechtigten, der/ die im Zeitpunkt der Wahl verhindert ist, seine/Ihre Stimme persönlich abzugeben, auf sein/ihr Verlangen die entsprechenden Unterlagen durch den Wahlvorstand zuzusenden.



© MEV

### Anträge auf Briefwahl

Entsprechende Anträge auf Briefwahl müssen beim jeweiligen örtlichen Wahlvorstand eingereicht werden. Formvorschriften für diesen Antrag gibt es nicht. Der dbb berlin hat aber auf seiner Homepage [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin) einen entsprechenden Vordruck für Sie bereitgestellt. Also: Einfach herunterladen, ausfüllen und dem örtlichen Wahlvorstand zuleiten. Jede Stimme zählt! ■

# +++ Unsere Kandidaten/-innen für den HPR +++

Der dbb berlin geht mit über 50 hoch qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten ...



© Friedhelm Windmüller (8)

**Frank Becker**

55 Jahre, Oberamtsrat

- > seit 1979 im öffentlichen Dienst und Gewerkschaftsmitglied,
- > Personalratsvorsitzender in der Abteilung II der Senatsverwaltung für Inneres und Sport,
- > seit 2013 Landesvorsitzender des dbb berlin.

„Auf eins haben die Kolleginnen und Kollegen, die mich als Personalratsmitglied aufsuchen, immer einen Anspruch: Auf eine sachlich- und fachlich fundierte, aber auch auf eine ehrliche Beratung! Dafür stehe ich jederzeit und kandidiere deshalb auch sehr gern wieder für die Gewerkschaften des dbb berlin auf der Beamtenliste 2, dbb berlin – FÜR ALLE!“ für den Hauptpersonalrat.“



**Bodo Pfalzgraf**

53 Jahre, Hauptkommissar

- > seit 37 Jahren im Polizeidienst,
- > Mitglied des Örtlichen Personalrats der Dir. 1, Mitglied des Gesamtpersonalrats der Berliner Polizei, Mitglied des Hauptpersonalrats,
- > Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG).

„Wir sind die Hauptstadtmacher, sorgen im gesamten öffentlichen Dienst dafür, dass in Berlin überhaupt noch etwas läuft. Diese Leistung muss nicht nur fair bezahlt sein, sondern die Arbeitsbedingungen müssen stimmen. Dabei gilt für mich der Satz: Nicht quatschen, machen!“



**Detlef Dames**

60 Jahre, Finanzbeamter in der Steuerverwaltung

- > seit 1992 Mandate im Örtlichen Personalrat, im Gesamtpersonalrat für die Finanzämter und im Hauptpersonalrat,
- > seit 2004 freigestellter Personalratsvorsitzender im Finanzamt Wilmersdorf,
- > Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG).

„Von jeher war es mein Anliegen, für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten einzutreten und zu kämpfen. Dazu gehören angemessene Bezahlung, Erhöhung der Einstellungszahlen, um gesundheitsschädliche Arbeitsverdichtungen und -belastungen zu vermeiden und Verbesserung der kaum vorhandenen Wertschätzungskultur bei Verwaltung und Politik.“

Ich möchte auch in der nächsten Legislaturperiode des Hauptpersonalrats diese Tätigkeitsfelder beackern. Geben Sie mir die Gelegenheit dazu, geben Sie mir Ihre Stimme und wählen Sie die Liste 2.“



**Heidrun Quandt**

60 Jahre, Grundschullehrerin

- > seit 1984 im Neuköllner Personalrat der Lehrer und Erzieher,
- > Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrer und Erzieher und im Hauptpersonalrat,
- > Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung Berlin.

„Ich möchte die Interessen der Lehrer, Erzieher und des pädagogischen Personals im HPR vertreten. Gewerkschaftlich setze ich mich besonders für die Verbeamtung aller Lehrerinnen und Lehrer ein, für bessere Arbeitsbedingungen, Wiedereinführung der Altersteilzeit, Verringerung der Arbeitsbelastung und ein vernünftiges Gesundheitsmanagement.“



# +++ Unsere Kandidaten/-innen für den HPR +++



**Ralf Behling**

44 Jahre, Anwalt

- > Mitglied im GPR Justiz und Ersatzmitglied im HPR Berlin,
- > stellvertretender Landesvorsitzender BDR Berlin.

„Ich will mich für einen fairen Umgang mit den Beschäftigten einsetzen und die besonderen Defizite bei der Berliner Justiz, wie den Beförderungstau z. B. bei Rechtspflegern im Eingangsamts, abbauen helfen. Außerdem muss die Einstufungspraxis in Erfahrungsstufen verbessert und eine bedarfsgerechte Ausstattung der Arbeitsplätze mit unterstützender leistungsstarker IT-Technik erreicht werden.“



**Boris Biedermann**

45 Jahre, Polizeitarifbeschäftigter in der Gefangenengewachung

- > Landestarifbeauftragter DPoIG Berlin,
- > Bundesstreikleiter DPoIG.

„Meine Ziele sind Absicherung nach einem Dienstunfall statt Kündigung und Armut, bessere Bezahlung, Wertschätzung, bessere Aufstiegs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten. Außerdem arbeite ich für stetig wachsende Mitgliederzahlen im dbb.“

## ... – 32 aus dem Beamten- und 23 aus dem Tarifbereich – in das Rennen um die Mandate im künftigen Hauptpersonalrat

Die fünf Erstplatzierten der Beamtengruppe und die drei Erstplatzierten der Arbeitnehmergruppe auf Liste 2 – der dbb Liste – stellen sich in Wort und Bild vor, außerdem sind nochmals alle dbb Kandidatinnen und Kandi-

daten in Übersichten wiedergegeben. Sie alle sind in der Personalratsarbeit überaus erfahren, zeichnen sich durch hohe Kompetenz aus und haben Erfolg bei den Wahlen verdient.



**Synnöve Nüchter**

46 Jahre, Islamwissenschaftlerin (zzt. Frauenvertreterin)

- > = I.D.E.E. – Ideenreich, Durchsetzungsstark, Engagiert, Ehrlich
- > langjährige Beschäftigtenvertreterin.

„Ich engagiere mich für Ihre Belange, speziell im Tarifrecht. Diese Kompetenz möchte ich jetzt für Sie im HPR einbringen. Dabei ist es mir ein Anliegen, Ihre Interessen durchzusetzen!  
Meine I.D.E.E. – Ihre Chance.“



**Gerhard Fabienke**

61 Jahre, Erzieher, ehrenamtlicher Richter am Berliner Landesarbeitsgericht und am Berliner Oberverwaltungsgericht

- > Ersatzmitglied für den HPR, seit 2011 Mitglied des GPR,
- > seit 1987 Mitglied im Verband Bildung und Erziehung (VBE),
- > seit 2007 stellvertretender VBE-Landesvorsitzender.

„Mit großer Freude kandidiere ich in diesem Wahlkampf für den GPR und den HPR und hoffe auch in den PR Reinickendorf gewählt zu werden.“

# +++ Unsere Kandidaten/-innen für den HPR +++

**Sie sind am Wahltag verhindert? Dann per Briefwahl wählen!**

**Selbstverständlich können Sie auch per Briefwahl Ihre Beschäftigtenvertretung wählen. Hierzu müssen Sie rechtzeitig die Briefwahlunterlagen bei Ihrem örtlichen Wahlvorstand beantragen.**

Einen entsprechenden Vordruck haben wir für Sie auf unserer Homepage [www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin) vorbereitet.

Nutzen Sie die Möglichkeit dieser Stimmabgabe, denn jede Stimme zählt.

Auch Ihre Stimme unterstützt die Arbeit Ihrer Personalvertretung.

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Dienststelle/Beschäftigungsstelle
1.	Biedermann	Boris	Der Polizeipräsident in Berlin, DirEGef1
2.	Nüchter	Synnöve	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
3.	Fabienke	Gerhard	Bezirksamt Reinickendorf, 12. G 09
4.	Lüdtko	Alexander	Finanzamt Charlottenburg
5.	Knittel	Christiane	Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg
6.	Schulz	Bernd	Der Polizeipräsident in Berlin, DirEGef1/sw
7.	Magnus	Gabriele	Amtsanzwaltschaft Berlin
8.	Hendrik	Wiencok	Herrmann-Hesse-Gymnasium
9.	Ginglas	Angelika	Finanzamt Reinickendorf
10.	Strohhahrt	Stephanie	Kammergericht zur Ausbildung
11.	Möller	Dietmar	DirEGef1/sw/DI4
12.	Trautmann	Sebastian	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
13.	Begner	Thomas	OSZ Banken, Immobilien und Versicherungen
14.	Rohde	Rita	Finanzamt Neukölln
15.	Rutsch	Ingrid	Staatsanzwaltschaft Berlin
16.	Schwarz-Weineck	Heike	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
17.	Böhringer	Andrea	01K02 Ernst-Schering-Schule
18.	Ertel	Adriana	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
19.	Rudolph	Frank	O2Y01 Andreas-Oberschule
20.	Overwetter	Fred	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
21.	Ley	Angelika	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
22.	Amzoll	Christiane	Senatsverwaltung für Inneres und Sport
23.	Dr. Möllhoff-Mylius	Martin	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales

## Unsere Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppe Beamte

Lfd. Nr.	Familienname	Vorname	Dienststelle/Beschäftigungsstelle
1.	Becker	Frank	Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. II
2.	Dames	Detlef	Finanzamt Wilmersdorf
3.	Pfalzgraf	Bodo	Der Polizeipräsident in Berlin, Dir1 A 13
4.	Quandt	Heidrun	Oskar Heinroth Schule
5.	Behling	Ralf	Amtsanzwaltschaft Berlin
6.	Stemmler	Cornelia	Senatsverwaltung für Inneres und Sport, PR St
7.	Herrmann	Rolf	Finanzamt Lichtenberg
8.	Schumann	Sabine	Abschnitt 61
9.	Kasigkeit	Gabriela	Mendelssohn-Bartholdy-Gymnasium
10.	Timm	Manuela	Amtsanzwaltschaft Berlin
11.	Gröger	Andreas	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
12.	Herrmann	Karin	Senatsverwaltung für Finanzen
13.	Lüdicke	Christoph	Der Polizeipräsident in Berlin, ZSE IV A24
14.	Hirsch	Stefan	Oscar-Tietz-Schule, OSZ Handel II
15.	Goiny	Thomas	JVA Tegel
16.	Reiher	Gerald	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
17.	Sviridov	Anja	Technisches Finanzamt
18.	Biewald	Kay	Der Polizeipräsident in Berlin, A34
19.	Pamp	Tobias	Marcel-Breuer-Schule, OSZ
20.	Stolle	Frank	JVA Heidering
21.	Riedel	Martina	Finanzamt für Fahndung und Strafsachen
22.	Thiel	Uwe	Direktion 3 Sab 14
23.	Breuning	Heike	08G26, Christoph-Ruden-Schule
24.	Thomas	Steinbrecher	AG Schöneberg, abgeordnet an das AG Neukölln
25.	Brinkmann	Hans-Georg	Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. II
26.	Wolter	Jens	Finanzamt Zehlendorf
27.	Neumann	Frank	Abschnitt 32
28.	Hönig	Karsten	Fichtenberg Oberschule 06Y09
29.	Liebe	Dirk	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
30.	Keffel	Hagen	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
31.	Seidel	Manfred	06K04, Bröndby-Oberschule
32.	Hübler	Andrea	Müggelheimer GS

### Verantwortlich:

Frank Becker, dbb berlin,  
Alt-Moabit 96 a,  
10559 Berlin

Tel: 030.327952-0

E-Mail: [post@dbb.berlin](mailto:post@dbb.berlin)  
[www.dbb.berlin](http://www.dbb.berlin)

## 2. Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin 2016

# Breite Themenpalette

In den Personal- oder Betriebsrat gewählt zu werden, ist eine Leistung, die hohen Einsatz und das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen voraussetzt. Um anschließend für die tägliche Arbeit in dem Gremium gerüstet zu sein, bedarf es zusätzlich fortlaufender Schulung. Der dbb berlin trägt dieser Erkenntnis seit vielen Jahren mit jeweils zwei hochkarätigen Personal- und Betriebsrätekonferenzen Rechnung, die der aktuellen und der vertiefenden Information, aber auch dem gegenseitigen Austausch und der Netzwerkbildung dienen.

Bei der 2. Konferenz dieses Jahres am 5. Oktober 2016 war der Bogen der Sachthemen besonders weit gespannt und reichte von künftigen Veränderungen der Arbeitswelt über Datenschutz-, Fortbildungs- und Arbeitsschutzfragen bis hin zu gewerkschaftlichem Rechtsschutz.

Eingestimmt wurden die Teilnehmer der Konferenz zunächst von dbb Landeschef Frank Becker, der in seiner Eröffnung nochmals die besonders große Bedeutung der Personalratsarbeit auch zur Unterstützung der Ziele des dbb Landesbundes unterstrich: „Wichtig für die Bewältigung unserer Aufgaben sind starke Betriebs- und Personalräte vor Ort. Deswegen freuen wir uns, dass sich auf den Listen des dbb berlin für die Wahlen zum Hauptpersonalrat wieder viele Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Dienstes zur Verfügung gestellt haben“, betonte Becker. „Hierfür danke ich allen. Denn starke Personalvertretungen mit unseren Vertreterinnen und Vertretern stärken auch die gewerkschaftliche Arbeit des dbb berlin. Unser Motto ‚Gemeinsam sind wir stark‘ wird hier besonders effektiv in die Praxis umgesetzt.“



Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach plädierte für mehr Mitbestimmung.

© Friedhelm Windmüller



Wolfgang Schyrocki (rechts) und Frank Becker setzen auf gute Zusammenarbeit.

© Friedhelm Windmüller

### Mehr Mitbestimmung

Mehr Mitbestimmung und mehr Tarifautonomie forderte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach in einem Grußwort an die Konferenzteilnehmer. Wörtlich führte Silberbach aus: „In einer Zeit des künftig zunehmend räumlich und zeitlich entgrenzten Arbeitens ist die Durchsetzung von individuellen, arbeitsbezogenen Bedürfnissen und Belangen auf sozialpartnerschaftliches Handeln und sozialpartnerschaftliche Lösungen angewiesen. Denn je mehr sich der Kreis der Beschäftigten dezentralisiert, desto wichtiger ist eine zentrale Stimme. Dem muss mit einer Stärkung der Beteiligung an der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen durch mehr Mitbestimmung und mehr Tarifautonomie Rechnung getragen werden.“

### Strategie, Befähigung und Souveränität

Mit dem Thema „Neue Arbeitswelten auch im öffentlichen Dienst“, zu dem der Direktor der Verwaltungsakademie Berlin, Wolfgang Schyrocki, sprach, begann die Reihe der Sachvorträge bei der Konferenz: „Die Zeit, über Zuständigkeiten länger zu diskutieren als über die eigentlichen Inhalte, wird uns das kommende Zeitalter nicht mehr einräumen“, prognostizierte Schyrocki. Auch werde der zukünftige Weg des öffentlichen Dienstes stärker von Begrifflichkeiten wie Strategie, Befähigung und Souveränität geprägt sein, während Errungenschaften wie Sicherheit, Struktur und Status nicht mehr als unantastbar durchgehen dürften.

Bei der Reform der Arbeitsprozesse maß der Direktor der Berliner Verwaltungsakademie den Führungskräften im öffentlichen Dienst eine entscheidende Rolle zu. Es liege an ihnen, einen Kulturwandel in der Verwaltung umzusetzen, denn der Mensch stehe nach wie vor im Fokus der Entwicklungen. Er müsse mit den Konfrontationen der Megatrends umgehen

können, den Überblick behalten, um neue Entwicklungen sinnvoll einzusetzen und Widerstände überwinden und Veränderungen selbstverständlich in den Arbeitsalltag integrieren zu können. „Gelingt das, wird auch der öffentliche Dienst in der Arbeitswelt von morgen ankommen. Die Verwaltungsakademie Berlin steht bereit, mit Ihnen diesen Weg gemeinsam zu gehen. Dass wir dafür gut aufgestellt sind, verdanken wir auch dem Engagement und der Unterstützung des dbb. Darauf möchte ich mich auch in Zukunft verlassen können“, unterstrich Schyrocki den Wunsch und die Notwendigkeit einer weiteren fruchtbaren Zusammenarbeit.

## Mehr Einblick für Arbeitgeber

Über bereits eingetretene Veränderungen informierte dagegen die Berliner Beauftragte für Datenschutz, Maja Smoltzczyk, die dbb Personal- und Betriebsräte. So müssen Beschäftigte nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Rheinland-Pfalz von 2014 damit rechnen, dass – etwa im Fall einer Erkrankung – auch als privat markierte Einträge durch den Dienstherrn bzw. Arbeitgeber eingesehen werden können, um Schäden durch Versäumnis evtl. wichtiger Termine vom Arbeitgeber abzuwenden. Smoltzczyk rief dazu auf, die Beschäftigten bzw. Nutzer in geeigneter Weise über diese Tatsache zu informieren.

Viel zu wenig bekannt sei auch, dass Fachvorgesetzte in Einzelfällen durchaus „kleine Sachvorgänge“ zu Beschäftigten (z. B. Vermerke zu Gesprächen mit Beschäftigten über Verhaltensauffälligkeiten oder Schlechtleistungen) anlegen können, wenn dies beispielsweise zur Erstellung einer dienstlichen Beurteilung erforderlich ist. Diese Vermerke sind erst zu vernichten, wenn sie ggf. Eingang in die Personalakte gefunden haben oder aus anderen Gründen nicht mehr erforderlich sind.

Und noch mit einer dritten Tatsache überraschte die Datenschutzbeauftragte: Die Entscheidung über Dienstfähigkeit bzw. Dienstunfähigkeit trifft nicht der Arzt, sondern allein der Dienstherr! Sollte der Arzt aus medizinischer Sicht Dienstunfähigkeit feststellen, so darf er dem Dienstherrn auch Diagnosedat-



Die Berliner Beauftragte für  
Datenschutz, Maja Smoltzczyk

© Friedhelm Windmüller



Informierte über dbb Rechtsschutz:  
Andreas Krause

© Friedhelm Windmüller

ten mitteilen. Denn aus dem ärztlich festgestellten Gesundheitszustand die Folgerung der Dienstunfähigkeit zu ziehen, obliegt einzig und allein dem Dienstherrn.

## Wann gibt es dbb Rechtsschutz?

Fast wie ein Plädoyer für gewerkschaftlichen Rechtsschutz nahmen sich die von Smoltzczyk vorgetragenen Fakten aus. Insofern konnte der Leiter der dbb Dienstleistungszentren, Andreas Krause, bei seinem Vortrag zu genau diesem Thema mit erhöhter Aufmerksamkeit rechnen. Krause stellte klar, unter welchen Voraussetzungen der dbb Rechtsschutz im Auftrag seiner Mitgliedsorganisationen für deren Einzelmitglieder greift:

Zum einen muss es sich um ein unmittelbar berufsbezogenes Rechtsschutzanliegen bezogen auf ein Einzelmitglied handeln, zum anderen selbstverständlich eine Mitgliedschaft des Einzelmitglieds in einer Mitgliedsorganisation des dbb bestehen. Vorliegen müssen darüber hinaus hinreichende Erfolgsaussichten des Rechtsschutzanliegens (bei fehlender Erfolgsaussicht gegebenenfalls Kostenbeteiligung an rechtsschutzgewährende Stelle). Und schließlich darf es keine entgegenstehenden gewerkschaftspolitischen Erwägungen geben.

Für seinen Rechtsschutzservice hält der dbb insgesamt fünf Dienstleistungszentren mit 42 juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Die dbb Dienstleistungszentren arbeiten wie eine überörtliche Anwaltskanzlei und genießen – gestützt auf das Rechtsdienstleistungsgesetz und flankiert von den einzelnen Prozessordnungen – ein Rechtsberatungs- und -vertretungsprivileg.

## Schulung – aber wie?

Über die Qualitätsmerkmale von Fortbildung referierte im Anschluss die Geschäftsführerin der dbb akademie, Anke Weigend. Sie wies den Konferenzteilnehmern den Weg, wie sie im reichhaltigen Schulungsangebot dieser Tage die Spreu vom Weizen trennen können.



Geschäftsführerin der dbb akademie und Schulungsexpertin, Anke Weigend

© Friedhelm Windmüller

„Hinterher wissen Sie es besser? Das muss nicht sein“, so Weigend, „Qualitätsmerkmale von Fortbildungsveranstaltungen lassen sich auch im Vorhinein überprüfen: Ist beispielsweise der Anbieter ein anerkannter Bildungsträger und zertifiziert? Gibt es Informationen zur inhaltlichen Ausrichtung, zu Zielgruppen, Formaten, Gruppengrößen, Methoden und Medien? Liegt ein konkretes Programm für Ihr gewünschtes Thema vor und enthält dieses die Beschreibung von Lernzielen/Kompetenzen?“ Schon mit wenigen Qualitätsmerkmalen sei eine Zäsur möglich.

### Schutz vor Gewalt wird immer wichtiger

„Arbeitsschutz und Eigensicherung am Arbeitsplatz“ war last, but not least das letzte Thema, das bei der Konferenz beleuchtet wurde, und zwar von dem Spezialisten Robert Purmann von der Unfallkasse Berlin. Dank der Brisanz des Themas angesichts wachsender Gewalt gegen den öffentlichen Dienst und der sehr praxisnahen Darstellung des Referenten stießen seine Ausführungen über die Maßnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung zur Gewaltprävention auch am Ende der Veranstaltung noch auf ungeteilte Aufmerksamkeit.

Neben baulichen Veränderungen wie Beleuchtung von Parkplätzen, Einrichtung zweiter Fluchtwege und freundlicher Gestaltung von Wartebereichen

spielt natürlich die Technik eine große Rolle bei der Verhütung von Gewalttaten. Zugangskontrollsysteme, Überwachungseinrichtungen und Alarmknöpfe sind geeignete Mittel, um die Sicherheit zu verbessern. Aber auch auf organisatorische Maßnahmen sollte nicht verzichtet werden. So gelte es, Alleinarbeitsplätze bzw. schwer einsehbare Arbeitsplätze im Publikumsverkehr zu vermeiden und Büroausstattung wie Brieföffner oder Tacker, die als Waffe missbraucht werden können, sicher zu verwahren. Kundenfreundliche Terminvergabe, eine Hausordnung und ein Notfallschema sind ebenfalls hilfreiche Elemente des Personenschutzes. Schließlich dürfe es auch an personenbezogenen Maßnahmen der Gewaltprävention nicht fehlen. Dazu zählen insbesondere die Unterweisung der Beschäftigten in bestehende Schutzeinrichtungen sowie ihre Fortbildung in Sachen Deeskalation und Konfliktmanagement.

Aufgezeigt wurden von Purmann auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Mitbestimmungsgremien und Unfallkassen.

### Positive Tagungsbilanz

Positive Bilanz konnte am Ende der Veranstaltung dbb Landeschef Frank Becker ziehen. Einmal mehr hätten die Sachvorträge gezeigt, dass der dbb und seine Personalräte gut beraten sind, über den Tellerrand zu schauen und auch gesellschaftliche und rechtliche Entwicklungen genauestens zu beobachten.



Robert Purmann von der Unfallkasse Berlin

© Friedhelm Windmüller

## BSBD: Justizvollzug fair und gerecht gestalten

Der BSBD Berlin hat in einem Schreiben an den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Read Saleh, appelliert, den Justizvollzug für die Menschen, die „einsitzen“, aber auch die, die dort arbeiten, fair und gerecht zu gestalten. Anerkannt werden vom BSBD in seinem Schreiben an Saleh ausdrücklich die in der vergangenen Legislaturperiode mithilfe der SPD-Fraktion erreichten Verbesserungen bei der Beförderungs- und Einkommenssituation, darüber hinaus bedürfe es aber einer ehrlichen Diskussion über Standorte, über Personal und Behandlungsmethoden für die Gefangenen. Diese strategische Ausrichtung sei bei der Verabschiedung des neuen Strafvollzugsgesetzes unberücksichtigt geblieben.

In der kommenden Legislaturperiode sieht der BSBD Berlin auch dringenden Handlungsbedarf im Laufbahnrecht, das den Justizvollzug in seiner jetzigen Ausgestaltung gegenüber vergleichbaren Vollzugsdiensten wie Polizei und Feuerwehr unattraktiv macht.

Auch bei der Arbeitsplatzbewertung werde den Besonderheiten des Justizvollzuges nicht ausreichend Rechnung getragen. „Der Mitarbeiter im Werkdienst, der einen anerkannten Meisterbrief hat, muss auch entsprechend gewürdigt werden“, heißt es beispielhaft in dem Schreiben.

Große Sorge bereitet dem BSBD die trotz Gesundheitspakt ständig steigende Krankenquote bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hier müssten endlich auch die Führungskräfte Verantwortung übernehmen und zum Stressabbau bei den Mitarbeitern beitragen.

### Marode Bauten

Besondere physische und psychische Belastungen sieht der BSBD auch in der alten und maroden Baustruktur der Vollzugsanstalten. Ideen und Konzepte, wie sich die Anstalten in den nächsten zehn Jahren weiterentwickeln sollen, gibt es aber nur in der Justizvollzugsanstalt Tegel (Konzept 20/25).

Trotz der erreichten finanziellen Verbesserungen befürchtet der BSBD, dass nicht ausreichend Anwärter für den Justizvollzug gewonnen werden können. Er erneuert deshalb seine Vorschlag, Tarifbeschäftigte einzustellen, die nach einem Jahr Erprobung in die Ausbildung gehen. Auf diese Weise wäre sofort zusätzliches Personal in den Anstalten verfügbar.

Nach BSBD-Berechnungen fehlen derzeit 200 Justizvollzugsbeamte in den Anstalten. Mehr Personal ist in den Arbeits- und Werkdiensten ebenso erforder-



Thomas Goiny

lich wie im Justizvollzugskrankenhaus und im offenen Vollzug. Außerdem muss der Justizvollzugsdienst und der Sozialdienst von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Angemahnt wird vom BSBD schließlich ein zukunftsfähiges IT-Konzept für den Justizvollzug. ■



### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin. **E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Media-center, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Anzeigentarif Nr. 13**, gültig ab 1.10.2015. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben. **Titelbild:** Foto: © MEV.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



## 28. September – Tag der Steuergerechtigkeit

© Jan Brenner

Zum zweiten Mal hat die Deutsche Steuer-Gewerkschaft Ende September zu einem „Tag der Steuergerechtigkeit“ aufgerufen. Mit bundesweiten Aktionen hat die Gewerkschaft an diesem Tag der Öffentlichkeit die Bedeutung von Steuergerechtigkeit in einem sozialen Rechtsstaat vor Augen geführt.

Auch in Berlin war die DSTG am Tag der Steuergerechtigkeit präsent und hat auf dem Pariser Platz unter reger Beteiligung des DSTG-Landesverbandes Berlin für gerechte und verständliche Steuergesetze, eine gut gerüstete Finanzverwaltung und mehr Steuerehrlichkeit geworben. Wenn Steuern nicht vollstän-

dig erhoben werden, so die Botschaft der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, dann leiden wir alle darunter.

Das Gemeinwesen insgesamt, am meisten aber der ehrliche Steuerzahler. Er bezahlt nämlich für die mit, die sich „in die Büsche schlagen“.